

Andrea Affaticati

Italien zuerst, Europa zuletzt

Italien gehört zu den Gründungsmitgliedern der Europäischen Union, ist die drittgrößte Volkswirtschaft in Europa – und seit dem 1. Juni auch das politische Labor einer populistisch-rechtsnationalen Regierung. Auf ein Motto konnten sich die Fünf-Sterne-Bewegung (M5S) und die Lega schnell verständigen: Italien zuerst. Das gleicht nicht zufällig der Losung von Donald Trump. Denn zu den Souffleuren der Lega gehört auch der ehemalige Berater des US-Präsidenten, der Rechtsextreme Stephen Bannon. Dieser feierte in einem Interview mit der progressiven Tageszeitung „la Repubblica“ denn auch die neue Regierung: „Was hier gerade geschieht, ist einmalig. Nie gab es in unserer modernen Zeit eine populistische Regierung [...] Es scheint, als würden alle Wege des neuen rechten Souveränismus über Rom führen.“¹ Diese Orientierung zeigt sich am deutlichsten in einer nationalistischen Abgrenzung gegenüber Europa.

Entsprechend besorgt blickt Brüssel auf die Ewige Stadt. Vom Austritt Italiens aus EU und Euro ist dort zwar nicht mehr die Rede, doch bedeuten die wirtschaftspolitischen Pläne der neuen Regierung einen bewussten Bruch mit den Maastricht-Kriterien. Obwohl Italien hoch verschuldet ist, haben die Koalitionäre im notariell beglaubigten Regierungsvertrag kostspielige Versprechen gemacht, darunter die Einführung einer Flat Tax, ein Bürgereinkommen und die Reform des Rentensystems. Zudem ist der Ton gegenüber Europa rau geworden. Besonders der Lega-Vorsitzende Matteo Salvini be-

hauptet gern, Brüssel und Berlin würden sich ungebührlich in italienische Verhältnisse einmischen. Italien aber lasse sich von niemandem erpressen. Auch M5S-Chef Luigi Di Maio stieß zuletzt wiederholt in dieses Horn.

Viele neue Schulden?

Von einem „deutschen Komplott oder einer Verschwörung der internationalen Märkte“ könne jedoch keine Rede sein, schreibt Giuliano Ferrara, der ehemalige Chefredakteur der konservativen Tageszeitung „Il Foglio“. Fraglos müsse eine Regierung ihr Programm frei gestalten können. Ihre Pflicht sei es aber auch, den Bürgern klar zu erklären, wie man die angekündigten Maßnahmen zu finanzieren gedenke – angesichts eines Schuldenbergs von 2300 Mrd. Euro, der nicht nur für Italien einen Risikofaktor darstellt.² Der Politikwissenschaftler Alberto Krali von der Mailänder Università Cattolica ergänzt: Zuvor müsse man den Bürgern wohl noch einmal erläutern, was Staatsschulden sind: „Denn anders als viele Italiener zu glauben scheinen, deutet das Wort nicht auf irgendeine abstrakte Identität hin, die an ihrer Stelle die Schulden übernimmt – sondern dass sie selbst diese stemmen müssen.“ Solange die Bürger dies aber verdrängen, haben Politiker vom Schlage Salvinis oder des M5S-Vorsitzenden Luigi Di Maio leichtes Spiel.

Denn die Wirtschaftskrise der letzten zehn Jahre bot den Populisten in

¹ Vgl. Antonello Guerrera, Consiglio Lega e anche 5 Stelle, Roma ora è il centro del mondo, www.repubblica.it, 3.6.2018.

² Vgl. Giuliano Ferrara, Euro e Costituzione. La parola chiave delle prossime elezioni è legittimità, www.ilfoglio.it, 30.5.2018.

Italien einen idealen Nährboden. Der wirtschaftliche Niedergang erfasste auch einen breiten Teil der Mittelschicht und brachte sie gegen das Establishment auf. Wenn aber „diese Mitte, die die Stabilität der Verfassung garantiert, zu sehr schrumpft, gerät das System in eine Schiefelage, die von den Demagogen ausgenützt wird“, schreibt die Politikwissenschaftlerin Nadia Urbinati.³ Wie gefährlich das werden kann, haben die jüngsten Entwicklungen erschreckend deutlich werden lassen.

Konfrontation mit Europa

Daran trägt auch Brüssel eine Mitschuld, so der Politologe Krali. Ohne ein gewisses Maß an Solidarität, an der es in der Krise oft gefehlt hat, könne die EU nicht überleben. Das hat in den vergangenen Jahren auch Matteo Renzi immer wieder betont. Der ehemalige Premierminister und Vorsitzende der Demokratischen Partei prangerte wiederholt die von Deutschland verordnete Sparpolitik an. Doch Renzi ging es mehr um starke Gesten für die heimischen Wähler als um eine längerfristige Strategie in Brüssel. Wird das auch für die neue Regierung gelten?

Sicher scheint zunächst, dass der euroskeptische Ökonom Paolo Savona von seinem Amt gezähmt werden dürfte. Er war zunächst als Wirtschafts- und Finanzminister vorgesehen, was jedoch am Veto von Präsident Sergio Mattarella scheiterte. Nun ist Savona zwar ausgerechnet Europaminister geworden, doch seine Aufgabe beschränkt sich darauf, Bindeglied zwischen Brüssel und Rom zu sein. Zudem wird die Nominierung von Enzo Moavero Milanesi zum Außenminister Brüssel etwas beruhigen. Dort kennt man den überzeugten Europäer bereits: Moavero Milanesi war Europaminister unter den Regierungschefs

Mario Monti und Enrico Letta. Die Gefahr eines Zusammenpralls zwischen der EU und Italien ist damit aber noch nicht gebannt. So war es Salvini sehr wichtig, beim Lesen der Vereidigungsformel klar zu betonen, worauf es ihm zuallererst ankommt, und zwar „im alleinigen Interesse der Nation“ handeln zu wollen. Das Problem dabei sind weniger mögliche Austrittspläne, die eine Mehrheit der Italiener laut jüngsten Umfragen ohnehin nicht unterstützt. Aber Rom wird sich wohl zu jenen Regierungen gesellen, die bei EU-Reformen auf die Bremse treten: „Mit dieser Regierung wird es für Macron und Merkel viel schwieriger werden, ihre Integrationsreformen voranzubringen“, erklärt Riccardo Alcaro, Experte für internationale Politik am Istituto Affari Internazionali. Heftige Auseinandersetzungen könnte es zudem um die Sanktionen gegen Russland geben. Die Lega unterhält gute Beziehungen zum Kreml und hat schon vor einiger Zeit eine Kooperationsvereinbarung mit der Regierungspartei Einiges Russland geschlossen. „Wir werden sehen, ob es diese Regierung darauf ankommen lässt, sich mit einem Veto gegen die Sanktionen von den anderen EU-Ländern zu isolieren“, so Alcaro.

Erbitterten Streit mit Brüssel wird es über den Umgang mit Migrant*innen geben. Salvini hat als neuer Innenminister schon angekündigt, jene fünf Mrd. Euro, die alljährlich für die Aufnahme der Flüchtlinge ausgegeben werden, künftig für schnelle Abschiebungen verwenden zu wollen. Außerdem kündigte er vollmundig an, den Schiffen von Hilfsorganisationen – die er „Stellvertreter der Schlepper“ nennt – die Einfahrt in italienische Häfen zu verbieten. Schon Anfang Juni machte er ernst und ließ das Rettungsschiff Aquarius mit 629 vor dem Ertrinken geretteten Menschen an Bord abweisen, das von SOS Méditerranée und Ärzte ohne Grenzen betrieben wird. Sowohl Malta als auch Italien verweigerten die Hafeneinfahrt des Schiffes,

3 Vgl. Nadia Urbinati, *La sfida populista, Maggioranza e maggioritarismo*, Mailand 2018, S. 25.

erst nach einigem Hin und Her stellte Italien wenigstens Ersatzschiffe zur Verfügung, auf denen die Flüchtlinge schließlich nach Spanien gebracht wurden.

Bei der angekündigten Schließung der Grenzen kann Salvini auf die Unterstützung der Visegrád-Staaten zählen. Anders sieht es mit seiner Forderung aus, endlich die Verteilung der Migranten auf die anderen EU-Länder durchzusetzen. Dagegen laufen die Regierungen in Budapest, Warschau und Bratislava schon seit Jahren Sturm.

Auch in der Handelspolitik stehen harte Auseinandersetzungen mit Brüssel bevor. In ihrem Regierungsvertrag fordern die Koalitionäre, alle von der EU unterzeichneten Handelsverträge künftig auch von den nationalen Parlamenten ratifizieren zu lassen. „Das wäre aber ein regelrechter Angriff auf einen der Grundpfeiler der EU“, warnt Danilo Taino, Wirtschaftskommentator der liberal-konservativen Tageszeitung „Corriere della Sera“.

Zwei Rivalen als Vizepremier

Bei alledem stellt sich die Frage, ob die Parteichefs Salvini und Di Maio überhaupt miteinander regieren können. Beide haben sich den Posten eines Vizepremier unter dem parteilosen Ministerpräsidenten Giuseppe Conte gesichert und sind die eigentlichen starken Männer im Kabinett. Doch unter der angekündigten „Regierung des Wandels“ verstehen die zwei in vielen Punkten etwas gänzlich anderes: Salvini beispielsweise macht auf europäischem Parkett gemeinsame Sache mit der gerade in Rassemblement National umgetauften Partei Marine Le Pens. Einem Teil der Fünf-Sterne-Bewegung dürfte das gar nicht gefallen. Die M5S sind zwar nicht linkspopulistisch, sondern einfach nur populistisch, doch gehörten viele ihrer Mitglieder und Wähler früher zum Mitte-links-Lager. Auch in der Wirtschafts- und Finanzpolitik

vertreten die beiden Parteien gegensätzliche Positionen. Die M5S, Sprachrohr des armen Südens, befürworten ein Comeback des Staates, während die Lega, Interessenhüter des reichen Nordens, für eine liberale Wirtschaftspolitik steht. Am Tag der Vereidigung verkündete Di Maio dennoch begeistert: „Wir haben Norditalien mit Süditalien vereint.“ Ob diese Union weiter halten wird, wenn die „fleißigen“ Norditaliener für das Bürgereinkommen des „faulen“ Südens – wie es bei der Lega bis vor kurzem noch hieß –, aufkommen müssen, sei dahingestellt.

Für solche Streitfälle wäre Premierminister Conte zur Stelle. Auf diesen bis vor kurzem weithin unbekanntem Juraprofessor hatten sich Di Maio und Salvini letztlich geeinigt, da keiner dem anderen das Amt des Regierungschefs gönnte. Conte hat sich bei seinem ersten Auftritt vor den Fernsehkameras als „Anwalt der Italiener“ bezeichnet. Aber welche Rolle wird er wirklich spielen? Agiert er als Regierungsvorsitzender mit beschränkter Handlungsfreiheit, oder wird es ihm gelingen, sein Amt wirklich auszufüllen? Fakt ist, dass in den Tagen nach der Regierungsbildung die Medien mehr an den Aussagen Di Maios und Salvinis interessiert waren.

Die Journalisten bewegt nicht zuletzt die Frage, ob die beiden nicht doch noch auf den passenden Augenblick warten, um die Koalition platzen zu lassen und ihren Machtanspruch ein für alle Mal zu untermauern. Gerade die Lega hat in Umfragen zuletzt erheblich aufgeholt und liegt derzeit auf dem zweiten Platz in der Wählergunst, nur knapp hinter den Fünf-Sternen. Ein Endspiel hätten Di Maio und Salvini allerdings schon früher haben können. Schließlich waren sofortige Neuwahlen zum Greifen nahe, als Staatsoberhaupt Mattarella sein Veto gegen Savona als Finanz- und Wirtschaftsminister eingelegt hatte. Doch die Parteichefs lenkten ein. Lag das an der Reaktion der Märkte samt ra-

santem Wertverlust der italienischen Staatsanleihen? Oder fürchteten sie eher den Unmut der Wählerinnen und Wähler? Besonders die Lega-Anhänger hätten bei einem erneuten Urnengang ihren Unmut durch Wahlenthaltung zum Ausdruck gebracht, schätzt der „Corriere“-Journalist Taino, denn „die wollen ihre Politiker an der Macht und nicht von den Oppositionsbänken aus Krawall machen sehen“.

Neuwahlen hätten wohl ohnehin keine andere Mehrheit ergeben. Dass sie vermieden werden konnten, war aber auch ein Segen für die politische Kultur des Landes. Denn Di Maio mag zwar überzeugt sein, „Geschichte zu schreiben“, weist aber ein paar Lücken in diesem Fach auf. So hatte er nach Mattarellas Veto gefordert, den Präsidenten – der streng nach seinen verfassungsmäßigen Befugnissen gehandelt hatte – seines Amtes zu entheben. Damit beschädigte er ungeniert eine wichtige Institution. Bestürzung löste auch Di Maios Aufruf zu einer Protestkundgebung in Rom gegen Mattarellas Veto aus. Ausgerechnet am 2. Juli, wenn die Italiener die Gründung der Republik feiern, wollte Di Maio den Volkswillen gegen Präsident und Verfassung in Stellung bringen. So mancher fühlte sich daher an den „Marsch auf Rom“ im Oktober 1922 erinnert, dem Mussolinis Machtübernahme folgte.

Gefährlich passive Opposition

Und was macht die Opposition? Nach dem Wahldebakel gab Renzi den Seinen die Anweisung, sie sollten es sich auf ihren Stühlen gemütlich machen und mit einer Tüte Popcorn das Spektakel genießen. Zwar hatte er die Parteiführung schon abgegeben, doch seine Genossen folgten ihm trotzdem blindlings. Dabei war so mancher in der Demokratischen Partei zuvor durchaus gewillt, den Versuch eines konstruktiven Gesprächs mit Di Maio

und den M5S zu wagen. Stattdessen aber beging Renzis Partei einen „Fehler nach dem anderen“, kritisiert die Politikwissenschaftlerin Urbinati: Zuerst haben die Sozialdemokraten ein Wahlgesetz verabschiedet, das die Fünf-Sterne-Bewegung außer Gefecht setzen und nur eine Koalition ermöglichen sollte: die mit Silvio Berlusconi. Als das Wahlergebnis diesen Plan zunichte machte, verzogen sich die Demokraten „in die Schmollecke“, so Urbinati: „Doch auch Passivität kann Schaden anrichten.“

Jetzt rächt sich, wie sehr sich die Partei ihrem Anführer untergeordnet hat. „Bevor Renzi die Macht übernahm“, so Urbinati weiter, „stand die Partei als solche im Vordergrund, nicht der Vorsitzende.“ Doch auch in Italien ist die Politik zunehmend zur Show geworden, und die Wähler werden in die Zuschauerrolle gedrängt, analysiert der Philosoph Damiano Palano. Maßgeblich dazu beigetragen hat der Einstieg des Medienmoguls Silvio Berlusconi in die Politik ab 1993: „Renzi ist ein Produkt der Berlusconi-Ära und hat mit seinem Führungsstil populistische Attitüden in die Sozialdemokratische Partei eingeführt.“

Diese Selbstherrlichkeit muss die Partei nun aufgeben, mahnt ihr ehemaliger Vorsitzender Walter Veltroni: Die Demokraten müssten wieder zu sich selbst und ihren Werten finden und sich mit den Problemen der Menschen beschäftigen, anstatt sich weiter zu zerfleischen. Dazu gelte es, zur bewährten Parteistruktur zurückkehren und neben einem Vorsitzenden auch einen starken, pluralistischen Vorstand aufzustellen.⁴

Einstweilen aber bleibt die Opposition schwach. Solange sich die national-populistische Regierung also nicht selbst ein Bein stellt, wird Europa mit schroffen Tönen aus Italien leben müssen.

⁴ Vgl. Interview mit Walter Veltroni, Gentiloni per ricostruire il Pd. Torni la sinistra, www.repubblica.it, 31.5.2018.